Hongkongs Gewerkschaften

Autor(en): **Kearney, Neil**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **70 (1978)**

Heft 4

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354900

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hongkongs Gewerkschaften

Neil Kearney

Hongkong, eine der wenigen noch im britischen Besitz verbliebenen Kolonien, ist keineswegs ein von Armut geplagtes, unterentwickeltes Land, das sich mühsam industrialisieren will. Es ist vielmehr ein hochentwickelter, industrialisierter Staat, ein für kommerzielle Investitionen sehr lohnenswertes Pflaster, wobei viele dieser Investitionen im multinationalen Verbund erfolgen. Doch die Arbeiter in Hongkong werden unterbezahlt und sind nirgendwo richtig vertreten. Für sie fehlt das Netz der sozialen Sicherheit, das es für die Arbeiter in den meisten Industriestaaten gibt.

Gewerkschaftliche Besorgnis über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Hongkong haben die britische Regierung veranlasst, eine Studiengruppe unter der Leitung von Prof. H. A. *Turner* (Universität Cambridge) zur *Untersuchung der Arbeitsverhältnisse* in der Kolonie einzusetzen. Obwohl die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, hat sie doch schon international Aufmerksamkeit erregt.

Solches Interesse war längst fällig. Schon jetzt hat sich die Regierung in Hongkong gezwungen gesehen, ihre Politik in wesentlichen Punkten zu ändern: es wird mehr für den Wohnungsbau getan, das Erziehungswesen verbessert, durch Gesetz wurde den Arbeitern etwas mehr freie Zeit zugestanden sowie eine bezahlte Urlaubswoche eingeführt, und die Regeln für die Tätigkeit der Gewerkschaften wurden so geändert, dass jetzt (hoffentlich) viele der Hemmnisse aus dem Weg geräumt sind, die die Bildung und Tätigkeit freier Gewerkschaften behinderten.

All dies könnte endlich *Verbesserungen der sozialen und wirtschaftlichen Lage bedeuten.* Verglichen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Hongkongs und den sozialen Problemen, die noch zu lösen sind, werden diese Verbesserungen jedoch im Schneckentempo durchgeführt. Im Vergleich mit der Lage in anderen Ländern mit gleichem wirtschaftlichen Entwicklungsstand, ist der *Lebensstandard der Arbeiter sehr niedrig;* auch die Sozialleistungen und andere soziale Einrichtungen sind, nach Ansicht informierter Beobachter, wesentlich niedriger als in wirtschaftlich ärmeren Ländern. Man darf auch nicht übersehen, dass es in Hongkong Tausende Betriebe gibt, in denen die Arbeiter zusammengepfercht sind und deren Löhne und Beschäftigungsbedingungen wesentlich schlechter sind, als aus den offiziellen Statistiken ersichtlich ist. Und weil die Gewerkschaften schwach und oft nicht sehr wirksam sind, sind die Arbeiter hinsichtlich der Verbesserung ihres Lebensstandards fast völlig von Regierungsmassnahmen abhängig. Die Regierung von Hongkong hat aber nichts im Interesse der grossen Mehrheit

der Arbeiter getan. Angesichts der höchst undemokratischen und wenig repräsentativen Zusammensetzung des gesetzgebenden Rates ist das nicht weiter erstaunlich: Eine gesetzgebende Versammlung, die sich hauptsächlich aus Vertretern der kommerziellen und finanziellen Oberschicht zusammensetzt, ist kaum geneigt, den Problemen der Arbeiter und ihrer Familien viel Aufmerksamkeit zu widmen, oder sie überhaupt nur zu verstehen.
Angesichts der nicht repräsentativen Regierung der Kolonie, und ihrer unzureichenden wirtschaftlichen und sozialen Vorkehrungen, ist die schnelle *Entwicklung einer wirksamen und repräsentativen Gewerkschaftsbewegung* unabdingbar. Die bestehenden Gewerkschaften in Hongkong sind sich dessen bewusst. Die Allgemeine Gewerkschaft der Arbeiter in der Baumwollindustrie (CIWGU) und die asiatische Regionalorganisation der Textilarbeiter betonten kürzlich in einem Memorandum an die Turner-Kommission, dass «das Heranwachsen einer verantwortlichen Gewerkschaftsbewegung für die soziale Gerechtigkeit in Hongkong und für die friedliche Entwicklung in der Kolonie entscheidend ist».
Durch Regierungsdekret können die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht verbessert werden, geschweige denn fortschrittliche soziale Einrichtungen geschaffen werden. Die Arbeiter sind die besten Vertreter ihrer Interessen. Was ihnen jedoch fehlt, ist die soziale und administrative Maschinerie, um diese Interessen auch tatsächlich geltend zu machen. Und das kann am besten durch eine starke und repräsentative Gewerkschaftsbewegung geschehen.
Zweifellos sind die *Gewerkschaften in Hongkong gegenwärtig schwach und zersplittert.* Nach Angaben der Regierung (zuletzt für 1976) gibt es 311 registrierte Gewerkschaften, die insgesamt etwa 362 600 Mitglieder unter den rund drei Millionen Arbeitnehmern haben. Es gibt zwei Gewerkschaftszentralen, von denen eine die Pekinger Richtung vertritt, die andere nach Taiwan orientiert ist; dazu gibt es noch eine ganze Reihe von Einzelgewerkschaften, wie es heisst, auf «neutraler» Basis. In ihrem Jahresbericht «Hongkong 1977» stellt die Regierung fest, dass «die Anzahl der Gewerkschaften auf Grund politischer Gegensätze viel stärker zugenommen hat, als dies aus praktischen Bedürfnissen nötig wäre, und dass auf Grund solcher widersprüchlicher Orientierungen Gewerkschaften mit gemeinsamen Interessen daran gehindert waren, zusammenzugehen und wirksame Organisationen zu bilden.»
Dem steht entgegen, dass gerade in den letzten Jahren die Zahl der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die zu einer «neutralen» Ausrichtung neigen, besonders gewachsen ist. Es waren also nicht nur ideologische Widersprüche, die zur relativen Schwäche der Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben, sondern es gibt offensichtlich auch noch *andere Faktoren*. Es ist zum Beispiel bekannt, dass jahrelang die Angst, als Unruhestifter nach China zurückge-

schickt zu werden, viele Arbeiter davon abgehalten hat, einer Gewerkschaft beizutreten. Ebenso bedeutend war, dass bis vor kurzem auf Grund eines Gesetzes die Gewerkschaften keine vollzeitbeschäftigten Funktionäre anstellen durften.
Betrachtet man dazu noch die *gewerkschaftsfeindliche Haltung der Unternehmer* und die Überlänge des normalen Arbeitstages in Hongkong, so ist es nicht verwunderlich, dass es den ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären nahezu unmöglich war, die Mitglieder an den vielen verstreuten Arbeitsstätten zu betreuen. Das unvermeidliche Resultat war die *Verbreitung von Betriebsgewerkschaften,* deren Vertreter kaum Zeit für Kontakte mit den Kollegen in anderen Betrieben hatten. Dies wird auch in der Statistik bestätigt, derzufolge (Stand Anfang 1975) 160 Gewerkschaften, also gerade gut die Hälfte der eingeschriebenen Organisationen, 250 oder weniger Mitglieder hatten.
Als erstes müssen Wege gefunden werden, die Gewerkschaftsbewegung in Hongkong zu stärken. Der Gedanke an *Zusammenschlüsse* liegt nahe. Aber angesichts der ideologischen Gegensätze innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist das nur vereinzelt möglich. Viele der im öffentlichen Sektor entstandenen Gewerkschaften erklären sich zum Beispiel für politisch neutral, und es sollte möglich sein, zumindest einige von ihnen zu einem Zusammengehen zu lebensfähigen Einheiten zu ermutigen. Auch dabei ist freilich grosse Vorsicht angebracht – für den Aussenstehenden mag eine Organisation nur auf dem Papier bestehen, aber sie nimmt doch ihre eigene Existenz an und will sie bewahren. In einigen Bereichen gibt es die Möglichkeit, eine Zusammenarbeit in einzelnen, unmittelbar anstehenden Fragen zu erreichen.
Den Gewerkschaften in Hongkong ist oft ihre *Untätigkeit vorgehalten* worden. Wenn die bestehenden Gewerkschaften sich jedoch zu schlagkräftigen Institutionen entwickeln wollten, so müssen sie Erfolge und Errungenschaften für ihre Mitglieder nachweisen können. Einer der wichtigsten Schritte dazu wäre, den Gewerkschaften bei der Festsetzung der Löhne eine Rolle zu geben, und das hat es bisher so gut wie gar nicht gegeben. Natürlich wäre Widerstand zu erwarten, nicht zuletzt von den privaten Unternehmern. Zudem würden auch hier die ideologischen Gegensätze die Dinge erschweren. Aber im öffentlichen Sektor könnte ein Anfang gemacht werden. Dort zumindest sollte es möglich sein, durch ein *gemeinsames und umfassendes Verhandlungssystem* die Zusammenarbeit zu fördern. Die verschiedenen Gewerkschaften könnten eine repräsentative Verhandlungskommission bilden, die gegenüber den Behörden die Forderungen der Arbeiter vorbringt und die Verhandlungen führt. Erfolge auf dieser Ebene würden es den Gewerkschaften ermöglichen, in ihren eigenen Reihen tüchtige Führer herauszubilden. Das Endziel sollte eine *Führungszentrale* sein, die für das ge-

samte Gebiet der Kolonie die Interessen der Arbeiter vorbringen und vertreten kann.
Wenn sich eine solche Verhandlungsstruktur im öffentlichen Dienst erreichen liesse, und wenn die Arbeiter den Erfolg spüren, dann würde das auch auf die anderen Bereiche erheblichen Einfluss haben. Die Verantwortung liegt deshalb bei der Regierung von Hongkong, die durch die *Anerkennung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst* und durch die Einrichtung eines gemeinsamen Verhandlungsverfahrens ein klares Zeichen geben müsste. In der Zwischenzeit sollte keine Mühe gescheut werden, die Einrichtung von Betriebsräten, Belegschaftsvertretungen oder ähnlichen Körperschaften zu verhindern, in denen die Gewerkschaften nicht beteiligt sind. Solche Einrichtungen sind der Gewerkschaftsbewegung nicht nur nicht nützlich, sondern behindern vielmehr ihre Entwicklung. Ein erfolgreiches gemeinsames Vorgehen im öffentlichen Sektor würde den Druck auf die kleinen Gewerkschaften im Privatbereich erheblich verstärken, auch in ähnlicher Weise zusammenzuarbeiten. Im Privatsektor wäre allerdings zuallererst eine Zusammenarbeit an der Basis nötig, um mit den täglichen Problemen der Arbeiter fertigzuwerden.
Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt werden: Gewerkschaftsgruppen müssen sich regelmässig treffen, aber die überaus lange Arbeitszeit macht es den Arbeitern schwer, Zeit für Gewerkschaftsarbeit zu finden; hier müssen also die Arbeitsbedingungen in der Kolonie berücksichtigt werden. Zum anderen sollten die Gewerkschaften vollzeitliche Funktionäre beschäftigen, die sich um die täglich anfallenden Probleme kümmern. Wenn das zu teuer ist, so wäre zu erwägen, ob nicht mehrere Gewerkschaften oder Betriebsgruppen zusammen Funktionäre einstellen könnten. In einem solchen Fall müssten klare Regeln entworfen werden, die für die Arbeiter auch gut verständlich sind.
Eine solche Entwicklung braucht sicherlich ihre Zeit. In der Zwischenzeit müssen die brennenden Probleme auf andere Weise angepackt werden.
Solange die Gewerkschaften schwach sind und keinen Einfluss auf die Löhne nehmen können, ist es unbedingt notwendig, eine «Mindestlohn»-Kommission einzusetzen. Sie könnte auf ähnliche Weise funktionieren wie die Lohnkommissionen im Vereinigten Königreich. Für Hongkong würde freilich eine einzige Körperschaft für alle Arbeitnehmer genügen. Die Kommission sollte sich sowohl mit Löhnen und Arbeitsbedingungen befassen, als auch mit Fragen des Jahresurlaubs, des Urlaubs bei Krankheit und der Überstundenbezahlung. Die *Einführung obligatorischer Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen* wäre ein grosser Schritt vorwärts, vorausgesetzt, dass eine verstärkte Gewerbekontrolle dafür sorgen würde, dass die Vorschriften auch eingehalten werden.

Der grösste Vorteil einer solchen Kommission bestünde darin, dass Gewerkschaftsvertreter an der Festsetzung der Löhne und der Lösung damit verbundener Fragen beteiligt würden. Die Löhne würden dann nicht mehr willkürlich allein von einer Handvoll einflussreicher Unternehmer bestimmt. Inflation und andere Faktoren könnten bei der Festsetzung der Löhne berücksichtigt werden. Die Beteiligung an der Kommission würde das *Selbstbewusstsein der Gewerkschaften stärken* und dazu beitragen, ihr Verhandlungsgeschick zu fördern, das sie dann in jenen Industriebereichen nutzen können, in denen freie Tarifverhandlungen möglich sind.

Jene Beschäftigungsbereiche, in denen es eine funktionsfähige Gewerkschaft gibt, würden aus der Einrichtung von Vermittlungs- und Schlichtungsstellen Nutzen ziehen. Ein Arbeitsgericht mit paritätischer Vertretung beider Seiten, dessen Entscheidungen bindend sein könnten, würde auch sehr sinnvoll sein.

Viele Entwicklungsländer sind versucht, Hongkong als ein Modell für wirtschaftlichen Fortschritt anzusehen. Dem muss Einhalt geboten werden, weil sonst die Arbeiter in den verschiedenen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsgrad gegeneinander ausgespielt werden. Es ist Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung, den Arbeitern Hongkongs bei der Erlangung eines gerechten Verdienstes zu helfen. Das könnte am besten durch ein *Schulungsprogramm für Gewerkschafter* geschehen. Die Regierung in Hongkong müsste an der Durchführung eines solchen Programmes in starkem Masse beteiligt werden, aber es ist unabdingbar, dass Kurse über Gewerkschaftsorganisation, Tarifverhandlung usw. von den Gewerkschaften selbst geleitet werden.

Die Arbeiter von Hongkong können mit Recht erwarten, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung und befreundete Gewerkschaften Hilfe leisten, doch sie können auch von ihrer eigenen Regierung verlangen, dass sie ausreichende Mittel für die Programme zur Verfügung stellt. Ausserdem müssten die Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet werden, die Arbeitnehmer für den Besuch der Ausbildungskurse freizustellen und später den gewerkschaftlichen Beauftragten hinreichend freie Zeit zu gewähren, damit diese ihre Aufgaben auch durchführen können.

Die Gesetze der Kolonie sind nicht nur zu Arbeitsfragen beklagenswert rückständig. In einem kürzlich vom niederländischen Institut für Entwicklungsforschung veröffentlichten Bericht heisst es: «Regierungsmassnahmen zur sozialen Sicherheit gibt es nicht. Am meisten zu beklagen ist die Abwesenheit gesetzlicher Bestimmungen, die die Unternehmer zur Teilnahme an einem Sozialversicherungssystem für ihre Beschäftigten verpflichten würden. Es gibt *keine gesetzlich gesicherten Renten, keine Witwen- und Waisenunterstützung, keine Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.*»

Die Gesetze müssen geändert werden, und der beste Weg dazu wäre eine *wirksame Vertretung der Arbeiter selbst in den Legislativ- und Exekutiv-Räten der Kolonie.* Gestützt auf die Gewerkschaftsstruktur, und deutlich orientiert an den Interessen der Arbeitnehmer, würde eine solche Vertretung ein Gegengewicht zur politischen Macht der Industrie- und Geschäftsinteressen bilden.
Die Situation in Hongkong verlangt *Taten,* und zwar nicht nur im Interesse der Arbeiter dort, sondern auch im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung – sowohl in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern. Aber Taten können nur Erfolg haben, wenn die Gewerkschaftsstruktur in Hongkong rationalisiert und gestärkt wird. Dies wiederum kann durch die Einführung gesetzlich gesicherter *Gewerkschaftsrechte* und durch Schulungsprogramme erreicht werden, mit deren Hilfe eine wirksame Wahrnehmung dieser Rechte gefördert wird.
Jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse- und bedingungen in Hongkong ist also von der Schaffung einer tatkräftigen Gewerkschaftsbewegung in der Kolonie abhängig.